

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

8. September 1955

367/J

A n f r a g e

der Abg. H e r z e l e, Dr. G r e d l e r und Genossen
an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,
betreffend die Vermögenswerte österreichischer Staatsbürger in Abessinien.

-.-.-

Auf eine amtliche Verlautbarung, die die Aufforderung enthielt, jene Vermögenswerte anzumelden, die österreichische Staatsbürger im Auslande zurücklassen mußten, meldeten sich auch eine Reihe von Leuten, die in Abessinien ansässig waren und ihre zum Teil recht beachtlichen Vermögenswerte im Zuge der Eroberung Abessiniens durch britische Streitkräfte verloren hatten. Die Anmeldungen wurden vom Bundesministerium für Finanzen entgegengenommen und den Leuten gesagt, daß eine Entschädigung vor Abschluß des Staatsvertrages nicht zu erreichen sein wird.

Inzwischen wurde bekannt, daß der ao. Gesandte und bevollmächtigte Minister Dr. Friedinger-Pranter im Auftrage der österreichischen Bundesregierung nach Addis Abeba gefahren und dort - angeblich im Rahmen eines österreichisch-abessinischen Wirtschafts- und Freundschaftsvertrages - für die Firma Mautner Markhof, die ebenfalls in Addis Abeba eine Brauerei verloren hatte, eine bedeutende Entschädigung erreichen konnte.

Als darauf eine ehemalige österreichische Kaffeeplantagenbesitzerin, die derzeit in Wien von einer Fürsorgeunterstützung (270 S) lebt, im Bundeskanzleramt bei Dr. Friedinger-Pranter vorsprach, erklärte er, daß er leider von anderen Vermögenswerten österreichischer Staatsbürger in Abessinien nichts gewußt habe und auch keinen dahin gehenden Auftrag hatte.

Die Nachforschungen, die die österreichischen Besitzer von Vermögenswerten in Abessinien daraufhin einleiteten, ergaben, daß 1952 ein Beauftragter der Firma Mautner Markhof nach Addis Abeba reiste, und nach Rückkehr dieses Mannes im Frühjahr 1953 begab sich der Beauftragte der österreichischen Bundesregierung zum Abschluß der oben erwähnten Verhandlungen dorthin. Der Verdacht, daß die Reise Dr. Friedinger-Pranters ausschließlich den Zweck verfolgte, die Interessen der Firma Mautner Markhof wahrzunehmen, ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen, dies umsomehr, als vor seiner Reise weder eine amtliche Verlautbarung noch sonst eine Veröffentlichung in der Presse erfolgte.

Die übrigen Österreicher, die Vermögen in Abessinien verloren hatten und zum Teil in ausgesprochener Notlage leben, haben nach Bekanntwerden dieses Vorfalles im Bundeskanzleramt Protest erhoben und den gleichen

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

8. September 1955

Rechtsschutz verlangt, den man der Firma Mautner Markhof zuteil werden ließ. Die Leute wurden auf den Staatsbesuch des Kaisers vertröstet und hörten außer einer Einvernahme im Bundeskanzleramt nichts mehr davon.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten die

A n f r a g e:

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, die Verantwortlichkeit für die Reise Dr. Friedinger-Pranters, die offensichtlich ausschließlich im Interesse der Firma Mautner Markhof erfolgt war, und das Versäumnis der Interessen der übrigen österreichischen Besitzer in Abessinien festzustellen?

2. Ist der Herr Bundesminister bereit, den Schaden gutzumachen, der den Betroffenen durch das oben geschilderte bewußte oder unbewußte Vorgehen der Behörden entstanden ist, und sich im gleichen Ausmaß wie für die obgenannte Firma einzusetzen?

-.--.-.-.-